

Welchen Weg nehmen die »Rechten«?

Zum Stand der konservativen, liberalen und rechtsradikalen Parteien in Deutschland

Marcel Lewandowsky/Anna-Sophie Heinze

Der Begriff der »Rechten« hat in Deutschland einen negativen Klang. Intuitiv wird er oftmals, wohl der Erfahrung der Nazizeit geschuldet, mit Extremismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit in Verbindung gebracht. Nüchtern betrachtet greift diese Gleichsetzung zu kurz. In Europa bezieht sich der Begriff der Rechten auf konservative, christdemokratische, nationalistische sowie nationalliberale Strömungen. Faschismus, Nationalsozialismus, Rechtspopulismus hingegen sind radikale Ideologien, die zwar im Begriff der Rechten enthalten, aber mit ihm – trotz ideengeschichtlicher Verwandtschaft – nicht deckungsgleich sind.

Auch in Deutschland hat sich das Spektrum jener Parteien in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert: Während rechtsextreme Parteien wie NPD und DVU in der ersten Dekade der 2000er in einigen, vor allem ostdeutschen Bundesländern temporäre Erfolge für sich verbuchen konnten, sind diese heute praktisch bedeutungslos. Stattdessen entwickelte sich die 2013 gegründete AfD relativ schnell zu einer klassischen Vertreterin der (populistischen) radikalen Rechten (Berbuir et al. 2015; Arzheimer 2019) und konnte eine starke Parteiorganisation in allen 16 Bundesländern aufbauen (Heinze und Weisskircher 2021). Dabei profitierte sie zum einen von einem medialen Mainstream, der sich insbesondere durch die Prominenz des ehemaligen SPD-Mitglieds Thilo Sarrazin für zuvor tabuisierte, biologistische und migrantenfeindliche Positionen geöffnet hatte (Decker 2022, S. 135). Zum anderen spielt auch das »Mainstreaming«, das heißt die Übernahme von Rechtsaußenpositionen und -politik durch die etablierten Parteien, eine zunehmende Rolle, allen voran im Mitte-Rechts-Spektrum (Mudde 2019).

Vor diesem Hintergrund beleuchtet das vorliegende Kapitel die aktuelle Situation der konservativen, liberalen und rechtsradikalen Parteien in Deutschland und skizziert mögliche Entwicklungen. Im ersten Teil erläutern wir, warum wir uns dabei auf die CDU/CSU, FDP und AfD konzentrieren und welche Positionen diese vertreten. Anschließend beleuchten wir zentrale Entwicklungen der einzelnen Parteien sowie Ursachen für das Erstarken der AfD.¹ Dabei werden wir auch Bezüge zur neuen Partei »Die Basis« herstellen: Zwar ist diese nicht im Bundestag vertreten, doch ist es ihr – wie auch der AfD – gelungen, zahlreiche Anschlusspunkte zu den gegen die Pandemiepolitik gerichteten Protesten zu finden. Abschließend fassen wir die wichtigsten Tendenzen jener parteipolitischen Entwicklungen zusammen und diskutieren zentrale Herausforderungen für das deutsche Parteiensystem.

1. Die inhaltlichen Positionen der deutschen Parteien

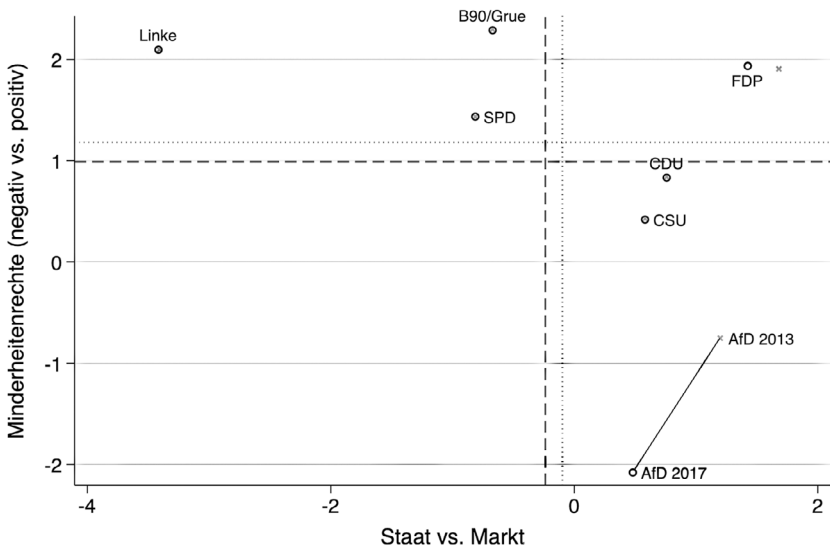
In vielen Ländern ist es üblich, politische Parteien in ein »rechtes« und ein »linkes« Lager einzuteilen. Entlang dieser werden häufig Regierungskoalitionen gebildet, was sich wiederum auf die programmatischen Überschneidungen zurückführen lässt. Wenngleich die Koalitionsbündnisse – auch in Deutschland – immer »bunter« werden, das heißt jene Lagergrenzen überwinden, lohnt sich ein genauerer Blick auf die inhaltlichen Positionen der Parteien. Nur so lässt sich der Wettbewerb zwischen ihnen und schließlich auch das potenzielle »Mainstreaming« von Rechtsaußenpositionen verstehen.

Bei der ideologischen Verortung der Parteien differenzieren wir klassisch zwischen gesellschaftspolitischen und ökonomischen Positionen. Wir nutzen dabei den V-Party-Datensatz, um mögliche Veränderungen der Ideologien der Parteien insgesamt analysieren zu können, nicht etwa die Kommunikation zu bestimmten Themen (wie dies zum Beispiel Wahlprogramme tun). Abbildung 1 zeigt die Positionen der Parteien zu Minderheitenrechten (y-Achse). Die Ablehnung dieser ist vor allem für rechtspopulistische Parteien zentral, die von einem exklusiven Verständnis des »Volkes« und nativistischen Ansichten geprägt sind (Mudde 2007; Huber und Schimpf 2017). Auf

1 Siehe auch den Beitrag von Manès Weisskircher in diesem Band.

der x-Achse sind die ökonomischen Positionen der Parteien abgetragen, wobei Werte kleiner als 0 (eher) staatsorientierte und Werte größer als 0 (eher) marktorientierte Positionen darstellen. Die vertikalen bzw. horizontalen Linien teilen das Parteiensystem entlang des jeweiligen empirischen Mittelwerts in vier Quadranten.

Abbildung 1: Positionen zu Minderheitenrechten und Ökonomie im deutschen Parteiensystem, 2013 bis 2017



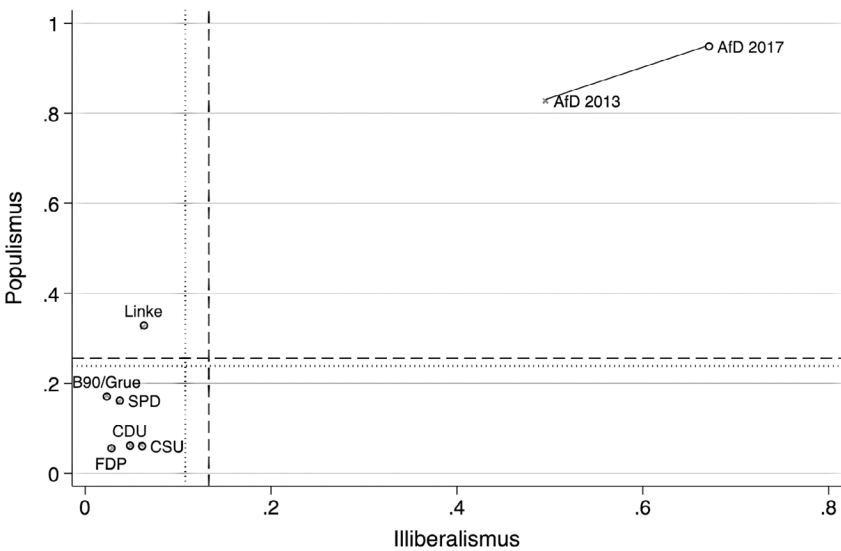
Quelle: Eigene Darstellung. Daten: V-Party Dataset (Lührmann et al. 2020).

Auf der rechten Seite des Parteiensystems finden wir die eher marktorientierten Parteien FDP, CDU, CSU und AfD vor. Dagegen vertreten Grüne, SPD und vor allem die Linke eine eher staatsorientierte Wirtschaftspolitik. Mit Blick auf die Minderheitenrechte können wir zwischen eher progressiven Parteien (neben den linken Parteien gehört hierzu auch die FDP) und einem konservativen Lager unterscheiden (inklusive CDU und CSU).

Die AfD setzt sich mit ihrer negativen Positionierung von allen anderen Parteien deutlich ab. Zudem fällt auf, dass sie sich zwischen 2013 und 2017 in eine minderheitenpolitisch deutlich restriktivere Richtung und wirtschaftspolitisch nach links bewegte. Dagegen veränderten sich die Positionen der

anderen Parteien auf beiden Achsen in diesem Zeitraum kaum (nur die FDP rückte wirtschaftspolitisch etwas nach links). Damit entspricht die Ideologie der AfD dem Bild vieler rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, die sich zum einen als Hüterinnen nationaler Identität präsentieren und zum anderen als Verteidigerinnen des Sozialstaats (Mudde 2007).

Abbildung 2: Populismus und Illiberalismus im deutschen Parteiensystem, 2013 bis 2017



Quelle: Eigene Darstellung. Daten: V-Party Dataset (Lührmann et al. 2020).

Auch im Hinblick auf populistische und illiberale Positionen nimmt die AfD eine Sonderrolle ein. Verschiedene Studien haben bereits darauf hingewiesen, dass mit dem Erfolg populistischer Parteien eine wachsende Unzufriedenheit mit dem Status quo sowie ein Verlangen nach einer illiberalen Demokratieform einhergeht (van Hauwaert und van Kessel 2018). Auch unsere Abbildung 2 unterstreicht den Zusammenhang zwischen Populismus und Illiberalismus für das deutsche Parteiensystem: Dort nimmt nur die AfD eine populistische sowie illiberale Position ein, wenngleich die Linke in der internationalen Literatur oftmals als linkspopulistisch eingeordnet wird (Roodu-

ijn et al. 2019). Während sich die AfD zwischen 2013 und 2017 diesbezüglich sogar in eine noch klarere Richtung entwickelte, sind die inhaltlichen Veränderungen der anderen Parteien abermals marginal. Jene Befunde werden auch in anderen Studien bestätigt: So gebraucht im Bundestag nur die AfD populistische Stilmittel und vertritt dort auch restriktive gesellschaftspolitische Positionen (Lewandowsky et al. 2022b).

2. Konservatismus, Rechtsliberalismus und radikale Rechte im Vergleich

Im folgenden Abschnitt werden die zentralen inhaltlichen, personellen und strategischen Entwicklungen der CDU/CSU, FDP und AfD genauer betrachtet. Dies ist aus mindestens zwei Gründen notwendig: Erstens finden sich zwischen diesen Parteien zahlreiche elektorale Schnittmengen. So speiste sich die Wählerschaft der AfD gerade in ihrer Anfangszeit neben Menschen, die vorher nicht gewählt haben, auch aus ehemaligen Unterstützerkreisen der CDU/CSU, denen die Konservativen unter der Regierung Angela Merks zu moderat geworden waren. Dabei wurde die AfD zwar als weiter rechts stehend, nicht aber extrem wahrgenommen (Wagner et al. 2015).

Zweitens sind Rechtsaußenpositionen längst nicht mehr auf rechtsradikale und rechtsextreme Parteien beschränkt, sondern werden zunehmend auch von anderen Parteien, vor allem im Mitte-Rechts-Spektrum, übernommen (Mudde 2019; Quent 2019). So ist etwa die WerteUnion keine offizielle Gliederung der CDU/CSU, beherbergt aber eine Reihe von Mitgliedern, die trotz verschiedentlichler Dementis strategisch eine Annäherung an die AfD anstreben und sich weitaus konservativer als die Christdemokraten positionieren. Auch die im Herbst 2021 gegründete Agentur »The Republic« gehört offiziell nicht zur Union, möchte für diese aber politische Vorfeldarbeit leisten, indem sie – vergleichbar mit US-Wahlkämpfen und vor allem im digitalen Raum – für konservative und liberale Positionen wirbt. Ähnlich den Konservativen in den USA schlägt die Agentur in ihrer Kommunikation polemische Töne an und setzt auf Polarisierung (Meyer 2021). Sie wird unter anderem von Friedrich Merz (CDU) unterstützt und finanziert sich durch Zuwendungen von Unternehmen, die der Union und FDP nahestehen (Beug 2021).

Im Folgenden beleuchten wir die aktuelle Stellung der CDU, FDP und AfD, um deren Überschneidungen und zentrale Herausforderungen erkennen zu können.

2.1 CDU/CSU

Die deutschen Christdemokraten gehören zu den erfolgreichsten Mitte-Rechts-Parteien in Europa: Für fast 50 Jahre haben die beiden »Schwesterparteien« CDU und CSU das Kanzleramt gestellt, während es bei der SPD weniger als 20 Jahre waren (Wiliarty 2021, S. 141). Ihre regionalen Hochburgen finden sich vor allem im Süden und Südwesten des Landes (Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz) sowie in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Zu Beginn der Corona-Pandemie befürworteten viele Deutsche Merkmals Krisenmanagement, was der CDU/CSU Zustimmungswerte von bis zu 40 Prozent einbrachte (Wiliarty 2021, S. 155).

Inhaltlich hat sich die CDU/CSU in den letzten Jahrzehnten maßgeblich verändert und – zusammen mit den anderen deutschen Parteien – eine Repräsentationslücke entstehen lassen, die von der AfD gefüllt wurde. Jene inhaltlichen Entwicklungen lassen sich in vier Themenbereichen nachzeichnen, die für Mitte-Rechts-Parteien zentral sind: Wohlfahrt, moralische Fragen, europäische Integration und Immigration (Wiliarty 2021, S. 155). Viel diskutiert wurde in den letzten Jahren unter anderem die Aufnahme von über einer Million Flüchtlingen im Zuge der »Flüchtlingskrise« 2015/16 oder die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe durch die Große Koalition 2017 (Wiliarty 2021, S. 161, 165). Dabei führten vor allem immigrationspolitische Fragen zu Spannungen zwischen CDU und CSU (u.a. kritisierte letztere Merkmals Entscheidung, Flüchtlinge aufzunehmen). Dagegen kamen die beiden Schwesterparteien in den Themenfeldern Wohlfahrt und europäische Integration leichter überein (Wiliarty 2021, S. 166).

Neben inhaltlichen Kontroversen stellt die Frage nach rechnerisch und politisch möglichen Koalitionsoptionen für die CDU/CSU eine zunehmende Herausforderung dar. Während sie viele Stimmen an die AfD verloren hat und zugleich eine Koalition mit ihr ausschließt, bleiben ihr häufig nur wenige Machtperspektiven. In Sachsen-Anhalt stellte 2016 etwa die »Kenia«-Koalition aus CDU, SPD und Grünen die einzige rechnerisch und politisch mögliche Koalitionsoption dar, wenngleich ein Zusammengehen aus CDU und Grünen dort nicht nur auf Gegenliebe stieß (Heinze 2020, S. 153). Trotz

ihrer Regierungsverantwortung stimmte die CDU-Fraktion in jener Legislaturperiode vereinzelt für AfD-Anträge, was nicht nur von ihren Koalitionspartnern, sondern auch ihrer Bundespartei scharf kritisiert wurde (Heinze, S. 165). Dennoch ist die Zusammenarbeit mit der AfD nach wie vor ein Tabu. Dies verdeutlichte auch die Wahl des FDP-Landtagsabgeordneten Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten von Thüringen im Februar 2020 durch Stimmen von FDP, CDU und AfD, welche massive nationale sowie internationale Aufmerksamkeit auf sich zog und zum Rücktritt Kemmerichs nach wenigen Tagen führte (Oppelland 2020).

Auch vor der Bundestagswahl 2021 wurden verschiedene Koalitionsoptionen diskutiert. Während im Frühsommer noch eine Koalition aus CDU und Grünen im Gespräch war, erschien diese Option mit steigenden Zustimmungswerten der SPD und der Grünen immer unwahrscheinlicher. Eine Zusammenarbeit mit der AfD hatte der neue CDU-Vorsitzende Armin Laschet explizit ausgeschlossen. Dieser hatte sich in einem turbulenten Nominierungsprozess gegen den CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten – und laut Umfragen wesentlich beliebteren Kandidaten – Markus Söder durchgesetzt. Jener offen ausgetragene Streit um die Kanzlerkandidatur hing der CDU/CSU ebenso nach wie etwa die Affäre um Provisionszahlungen bei der Beschaffung von FFP2-Masken (Jun 2021, S. 14).

Für die Union stellte das Wahlergebnis einen Schock dar: Sie hatte sowohl in ihren ländlich geprägten Hochburgen als auch in den Städten große Stimmenverluste zu verbuchen und verlor vor allem Wählerinnen und Wähler an SPD, FDP sowie Grüne. Lange Zeit hatte man in den eigenen Reihen fest damit gerechnet, dass man als stärkste Partei hervorgehen und den Kanzler stellen würde, doch schien dies nach dem historisch schlechten Ergebnis in weite Ferne gerückt. Nachdem der innerparteiliche Druck auf Laschet weiter gewachsen war, kündigte dieser im Oktober seinen Rücktritt als Parteivorsitzender an. Für die Bestimmung seiner Nachfolge führte die CDU daraufhin erstmals eine Mitgliederbefragung durch. Dabei setzte sich der sozial- und wirtschaftskonservative Friedrich Merz gegen seine Mitbewerber Norbert Röttgen und Helge Braun durch und wurde auf dem digitalen CDU-Bundesparteitag im Januar 2022 zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Ob er der Partei zu Einigkeit und neuem Aufschwung verhelfen kann, wird sich zeigen. Doch egal wie weit er die Partei »nach rechts« rückt: Es ist unwahrscheinlich, dass sie (damit) Wählerinnen und Wähler von der AfD

zurückgewinnt oder mit dieser systematisch zusammenarbeitet (Heinze 2022).

2.2 FDP

Die Freie Demokratische Partei (FDP) wurde vor der Bundestagswahl oftmals auf ihre über Jahrzehnte gepflegte Rolle als Mehrheitsbeschaffer reduziert: Zwischen 1949 und 1998 hatte sie auf gesamtstaatlicher Ebene 43 Jahre lang als Koalitionspartner entweder mit CDU/CSU oder SPD regiert und somit das Regierungshandeln in Deutschland beeinflusst (Jun 2021, S. 7). Nach ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag 2013 hat sich die FDP unter Christian Lindner programmatisch, organisatorisch sowie personell verändert (Jun 2021, S. 7f.). In der Folge konnten die Liberalen Boden gut machen und sich wieder als Königsmacher ins Spiel bringen. Bei den Landtagswahlen 2021 in einigen südwestdeutschen Ländern schnitt die Partei jeweils gut ab. In Rheinland-Pfalz konnte die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP fortgesetzt werden. In Baden-Württemberg war eine solche Koalition zumindest rechnerisch möglich. Die Grünen, die stärkste Kraft geworden waren, entschieden sich jedoch dazu, die Zusammenarbeit mit der CDU fortzusetzen.

Inhaltlich hatte sich die FDP in der letzten Legislaturperiode vor allem in ihrem Kernthema der Wirtschafts- und Finanzpolitik klar kompetitiv aufgestellt (Jun 2021, S. 10). Mehr als in anderen Politikfeldern konzentrierte sie sich stark darauf, Kritik und Alternativen zur Politik der Bundesregierung zu formulieren. Große Übereinstimmung mit CDU/CSU und SPD gab es lediglich in der Außenpolitik, vor allem bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr, denen die FDP jeweils zustimmte (Jun 2021, S. 10). Entsprechend ihrer Oppositionsrolle unterstützte die FDP Anträge der anderen Oppositionsfractionen nur sehr selten und grenzte sich auf Bundesebene relativ klar von der AfD ab.

Am 5. Februar 2020 kam es bei der Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen zu einem politischen Eklat (Debes 2021). In den ersten beiden Wahlgängen erhielt weder der Kandidat der Linken, Bodo Ramelow, noch Christoph Kindervater (AfD) eine absolute Mehrheit. Die FDP, die im Landesparlament über 5 von 90 Sitzen verfügte, stellte daraufhin Thomas Kemmerich auf. Dieser wurde mit Unterstützung der AfD, deren Kandidat keine einzige Stimme mehr erhielt, zum Ministerpräsidenten gewählt – und

nahm die Wahl auch an. Damit war es der AfD gelungen, die Stabilität der zukünftigen Landesregierung von ihrer Zustimmung abhängig zu machen, da Kemmerich über keine eigene Mehrheit verfügte. Die Abhängigkeit einer demokratischen Minderheitsregierung von einer rechtsradikalen Partei stellte in der Geschichte der Bundesrepublik einen Tabubruch dar, für den die FDP – in vermeintlicher Unkenntnis der AfD-Strategie im Thüringer Landtag – verantwortlich gemacht wurde. In der Folge geriet Kemmerich unter Druck: CDU, SPD und Grüne verweigerten die Zusammenarbeit; Kemmerich trat am 8. Februar zurück.

Wenig überraschend nutzte die AfD den Rücktritt Kemmerichs für ihr Anti-Establishment-Narrativ. Doch auch innerhalb der FDP kam es in der Folgezeit zu Spannungen. Der Bundestagsabgeordnete Stephan Brandner (AfD) kommentierte: »Vor einem Jahr wurde in Thüringen ein bürgerlicher Ministerpräsident, Thomas Kemmerich, mit Hilfe von AfD, CDU und FDP gewählt. [...] Kemmerich hatte [...], typisch FDP-Politiker, leider nicht das Rückgrat, dem Druck standzuhalten, gab nach kurzer Zeit auf. Dann kam Ramelow zurück, der seit dem als merkelhöriger Kettenhund, mit seiner durch die CDU gestützten linken Kamarilla, in Thüringen herrscht.« (AfD 2021) Auch innerhalb der FDP erhielt Kemmerich von einigen Unterstützung, wenngleich der Großteil des Führungspersonals (etwa Marie-Agnes Strack-Zimmermann und Johannes Vogel) seine Wahl durch die AfD verurteilte. So sahen sowohl Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Kubicki als auch der spätere FDP-Generalsekretär Volker Wissing in Kemmerichs Wahl die Möglichkeit einer bürgerlichen Landesregierung und verwiesen auf die Geheimheit der Wahl.

In der COVID-19-Pandemie trat die FDP hingegen relativ geeint auf und inszenierte sich als Anlaufstelle für libertäre Positionen. Schnell erkannte sie die Chance, ihre rechtsstaatliche Facette mit der Betonung individueller Grundrechte wieder stärker in den Vordergrund zu rücken (Jun 2021, S. 11f.). So wandte sie sich gegen allzu restriktive oder rigide Freiheitsbeschränkungen und lehnte etwa nächtliche Ausgangsbeschränkungen ab. Im Vergleich zu den anderen etablierten Parteien tolerierte die FDP lange Zeit auch die »Querdenken«-Proteste und sprach sich explizit gegen ihr Verbot aus (Heinze und Weisskircher 2022). Selbst nach den ersten Ausschreitungen im August 2020 in Berlin betonte sie die Wichtigkeit liberal-demokratischer Grundrechte, etwa dem der Versammlungsfreiheit. Gleichzeitig wiesen die Liberalen eine Kooperation mit »Querdenken« klar zurück. Die Kritik der

Bundesebene an der Teilnahme Kemmerichs an einer solchen Demonstration im Mai 2020 illustriert den Konflikt der FDP, die sich von allen Mainstream-Parteien am deutlichsten für libertäre Positionen öffnete, damit jedoch automatisch an ein Unterstützerfeld heranrückte, das deutliche Überschneidungen mit der AfD aufwies.

Auch wenn sich die FDP zeitweise in argumentativer Nähe zur AfD befand, schlug sie keine nationalen Töne an. Anders als die AfD bejahte sie zudem stets die EU- und Euro-Mitgliedschaft, supranationale Integration, Offenheit gegenüber Migration, Freihandel und Westbindung sowie die Hervorhebung von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit (Jun 2021, S. 11). Insgesamt handelt es sich bei der FDP daher um eine ökonomisch rechte, das heißt marktorientierte Partei. Für die gesellschaftspolitische Positionierung muss das Urteil jedoch differenzierter ausfallen: So versuchten sich die Liberalen unter ihrem Parteivorsitzenden Christian Lindner etwa im Kontext der »Flüchtlingskrise« zwischen der Regierungspolitik und der AfD zu positionieren, vermieden im Gegensatz zu letzterer jedoch weitgehend rassistische Untertöne. Auch mit Blick auf die Rechte Homosexueller und der LGBTQI-Community nimmt die Partei eine klar progressive Position ein.

Mittelfristig stellt die Regierungsbeteiligung mit der SPD und den Grünen für die FDP ein Risiko dar: Auf der gesellschaftspolitischen Dimension unterscheidet sie sich von den beiden zwar nur geringfügig. Es überrascht daher nicht, dass sich die Liberalen auf den Schutz der Bürgerrechte in der Pandemie konzentrieren und zugleich ihr wirtschaftsliberales Profil zu pflegen versuchen. Ob beides gelingt, dürfte jedoch maßgeblich davon abhängen, wie rasch und nachhaltig die Corona-Pandemie bekämpft und ihre ökonomischen Härten abgefedert werden können.

2.3 AfD

Obwohl die AfD 2013 noch knapp den Einzug in den Bundestag verfehlte, etablierte sie sich in rasanter Geschwindigkeit im deutschen Parteiensystem. Damit schaffte sie, was früheren Rechtsaußenparteien (etwa der NPD, DVU oder den Republikanern) maximal kurzfristig und nur auf Landesebene gelungen war (Lewandowsky 2012). Dass die radikale Rechte in Deutschland lange Zeit erfolglos war, lässt sich unter anderem auf den »anti-faschistischen« Diskurs zurückführen, der die deutsche Gesellschaft und Medienlandschaft nach dem Zweiten Weltkrieg mehrheitlich prägte (genauer dazu

Berbuir et al. 2015; Decker 2022). Zudem war die CDU/CSU lange Zeit bis weit ins rechte Spektrum hinein integrationsfähig und verfolgte somit erfolgreich die populäre Strategie von Franz-Josef Strauss, es dürfte rechts von ihr keine demokratisch legitimierte Partei geben. Weiterhin war die radikale Rechte selbst lange Zeit zersplittert, was sich etwa in der Konkurrenz zwischen NPD und DVU äußerte (Heinze 2020, S. 84).

Anders als ihren Vorgängern gelang es der AfD, in alle 16 Landesparlamente einzuziehen und eine relativ starke, regional verankerte Parteiorganisation aufzubauen (Heinze und Weisskircher 2021). Dies geschah im Zuge der »Flüchtlingskrise« ab dem Sommer 2015; 2017 gelang schließlich auch der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde in den Bundestag. In einigen ostdeutschen Bundesländern erreichte sie schon früh Ergebnisse über 20 Prozent und konnte diese elektoralen Hochburgen später weiter ausbauen (Weisskircher 2020). Im Herbst 2018 erreichte die AfD mit 16 Prozent ihre Rekordwerte in bundesweiten Umfragen.² Danach flaute ihre bundesweite Popularität zusehends ab. Anfang 2021 pendelte sich die Partei bei zehn bis elf Prozent ein. Bei der Bundestagswahl erreichte sie 10,3 Prozent der Zweitstimmen und erlitt damit Verluste von 2,3 Prozentpunkten gegenüber ihrem Ergebnis von 2017. Damit etablierte sich die AfD zwar als erste rechtsradikale Partei seit Gründung der Bundesrepublik, doch blieb sie (wie schon bei den wenige Monate zuvor abgehaltenen Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt) hinter ihren eigenen Erwartungen zurück.

Der Zuspruch vieler Wählerinnen und Wähler zur AfD erklärt sich vor allem aus deren Positionen zur Integration (Arzheimer und Berning 2019) sowie aus populistischen Einstellungen (Loew und Faas 2019). Damit konnte die AfD eine doppelte Repräsentationslücke füllen, indem sie sowohl den Wählerraum rechts der Union für sich beanspruchen als auch jene adressieren konnte, die mit dem demokratischen Status quo unzufrieden sind und mit Blick auf das Funktionieren der Demokratie unterschiedliche Wert- und Ordnungsvorstellungen hegen (Grotz und Lewandowsky 2020). Zugleich existieren zwischen diesen beiden Gruppen große inhaltliche Überschneidungen, wovon die AfD bei der Bundestagswahl 2017 profitieren konnte. So-

2 Wir beziehen uns hier auf die Durchschnittswerte aller Institute, wie sie auf POLITICO Poll of Polls dargestellt sind.

mit ähnelt sie inhaltlich wie elektoral ihren Schwesterparteien in anderen Ländern Europas.

Jedoch hatte sich der thematische Fokus bei der jüngsten Bundestagswahl verschoben. Das Thema Migration spielte nur eine untergeordnete Rolle (Wiliarty 2021, S. 155). Vielmehr standen zum einen der Drei-, später der Zweikampf zwischen Annalena Baerbock, Armin Laschet und Olaf Scholz um das Kanzleramt im Fokus, zum anderen die Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Auswirkungen. Während sich der Wahlkampf also weniger um »klassische« rechtspopulistische Themen drehte, war das Bild der AfD vor allem von innerparteilichen Flügelkämpfen sowie diversen Spendenskandalen geprägt, etwa dem der Spitzenkandidatin Alice Weidel, die mit Tino Chrupalla ein Spitzenduo bildete. Gleichzeitig musste sich die Partei mit der Frage beschäftigen, wie sie mit der drohenden bundesweiten Überwachung durch den Verfassungsschutz umgehen sollte, also den extremistischen Kräften in den eigenen Reihen. Schon lange hatte diese Frage die Partei gespalten und sich unter anderem in einer Doppelspitze aus »moderaterem« und »radikalerem« Flügel widerspiegelt (Heinze und Weisskircher 2021). Dabei verloren die vermeintlich »moderaten« Kräfte – die sich im Zuge der generellen Radikalisierung der Partei ebenfalls in eine deutlich radikalere Richtung bewegten (Arzheimer 2019) – zunehmend an Bedeutung. Beobachtbar war dies auch um die Frage nach dem neuen Parteivorsitz und dem Rücktritt Jörg Meuthens von dieser Funktion und aus der Partei im Januar 2022. Wie erfolgreich die Partei in Zukunft sein wird, hängt auch davon ab, wie sie mit ihren extremistischen Positionen und Mitgliedern umgeht, die seit März 2022 bundesweit vom Verfassungsschutz überwacht werden dürfen. Es zeichnet sich bereits ab, dass die Partei im Zuge dieser Entscheidung Mitglieder und Unterstützerinnen verloren hat – ein Trend, der je nach politischer Führung weiter seinen Lauf nehmen könnte.

Abschließend gründete sich mit der Basisdemokratischen Partei Deutschlands (»Die Basis«) im Zuge der Anti-Corona-Proteste eine neue Herausfordererpartei, die als Konkurrenz zur AfD betrachtet werden kann. Wenngleich sie bei der Bundestagswahl nur 1,4 Prozent der Stimmen erhielt, ist es wahrscheinlich, dass diese sonst zuvorderst der AfD zugekommen wären, welche von den Bundestagsparteien noch am ehesten (wenn auch nicht konsequent) mit der Querdenken-Bewegung kooperierte (Heinze und Weisskircher 2022). Zwar ist das ideologische Profil der Basis nicht eindeutig der politischen Rechten zuzuordnen, sondern umfasst auch liberale, ökolo-

gische und anthroposophische Elemente. Jedoch behauptet sie zum Beispiel, dass im Zuge der Pandemiebekämpfung eine Aussetzung der Grundrechte stattgefunden habe, und fordert die Aufhebung aller Maßnahmen, das Recht auf Meinungsfreiheit und die Rückkehr zur Selbstbestimmung. Damit macht sich Die Basis anschlussfähig an das Krisennarrativ der Demokratie, das auch die Position der AfD in der Pandemie prägt (Lewandowsky et al. 2022a), und spiegelt eine unsichtbare Koalition aus Corona-Skeptikern, Impfgegnern und Rechtsradikalen. Auch bei Anti-Corona-Protesten neigen die meisten Sympathisierenden zur AfD, gefolgt von einem vergleichbar großen Anteil derjenigen, die sich von keiner politischen Partei repräsentiert fühlen (Grande et al. 2021). Inwiefern sich diese Menschen überhaupt noch von einer politischen Partei erreichen lassen, bleibt in vielen Fällen zweifelhaft.

3. Ausblick

Wir haben in diesem Beitrag eine möglichst breite Perspektive auf die politische Rechte eingenommen. Wir haben die Union als Hauptakteurin des Konservatismus betrachtet und die AfD als Vertreterin der radikalen Rechten. Die FDP, wirtschaftspolitisch auf der Rechten angesiedelt und zugleich gesellschaftspolitisch progressiv, erwies sich in der Pandemie als anschlussfähig für libertäre Narrative und trug mit der Wahl Kemmerichs zum thüringischen Ministerpräsidenten nach Ansicht mancher zur Legitimierung der radikalen Rechten bei. Trotz dieser punktuellen Anschlüsse bleibt die radikale Rechte in Deutschland bislang isoliert. Die AfD behält den Status eines nicht satisfaktionsfähigen Parias.

Welchen (direkten und indirekten) Einfluss die AfD nehmen kann, wird also maßgeblich vom Verhalten der anderen Parteien, Medienakteure und der Zivilgesellschaft ihr gegenüber abhängen (Art 2011). Bislang grenzen sich sowohl Christdemokraten als auch Sozialdemokraten im Parlament, in den Medien sowie im Parteienwettbewerb relativ deutlich von der AfD ab (Heinze und Lewandowsky 2022). Ob diese Ausgrenzung langfristig standhalten wird, hängt auch davon ab, wie die Parteien auf der subnationalen und kommunalen Ebene mit der AfD umgehen. Der Blick auf andere europäische Länder (z.B. Schweden) zeigt, dass der *cordon sanitaire* gegenüber Rechtsaußenparteien häufig dort als erstes bricht (Heinze 2018).

Zudem darf nicht vergessen werden, dass Rechtsaußenparteien und -akteure nicht nur auf direkte Art und Weise Einfluss nehmen können (z.B. klassisch durch eine Regierungsbeteiligung), sondern auch indirekt. Ein wichtiger Prozess, der dabei zunehmend eine Rolle spielt, ist die Normalisierung und das Mainstreaming von Rechtsaußenpositionen (Mudde 2019). Gerade Christdemokraten und Liberale balancieren hier auf einem schmalen Grat: Auf der einen Seite wollen sie (einige) bei Wahlen zur AfD Abgewanderten in die Reihe der demokratischen Parteien zurückholen; auf der anderen Seite trägt die inhaltliche Annäherung zur Legitimierung der Rechtsradikalen bei. Verschiedene Studien zeigen, dass sich diese Strategie nicht lohnt: Nicht nur trägt sie zur Verfestigung der populistischen Rechten im Parteiensystem bei. Für die Etablierten ist sie auch ein Nullsummenspiel: Was sie – womöglich – von den Rechtsradikalen gewinnen, verlieren sie an andere moderate Parteien (Chou et al. 2021). Denn zum einen können die Parteien des politischen Mainstreams weder den Populismus noch die rechte Position ihrer radikalen Mitbewerberinnen imitieren. Und selbst wenn es ihnen gelingt, ist die Gefahr groß, dass ihnen die eigenen Unterstützerinnen und Unterstützer den Rücken kehren. Auch wenn es keine »Zauberformel« im Umgang mit den radikalen Rechten gibt, so sind thematische Kooptierungsstrategien mit großem Risiko verbunden. Es wird sich im Laufe der Legislaturperiode zeigen, inwiefern insbesondere die Christdemokraten nach der Wahl von Friedrich Merz zum Parteivorsitzenden dem Versuch erliegen, die AfD auf ihrem eigenen Terrain anzugreifen.

Literatur

- AfD (2021). Stephan Brandner: Rückgängigmachen demokratischer Entscheidungen ist einmaliger Tabubruch, 5. Februar 2021, <https://www.afd.de/stephan-brandner-rueckgaengigmachen-demokratischer-entscheidungen-ist-einmaliger-tabubruch/> (letzter Aufruf 25. März 2022)
- Art, David (2011). *Inside the radical right: The development of anti-immigrant parties in Western Europe*, Cambridge: Cambridge University Press
- Arzheimer, Kai (2019). »Don't mention the war!« How populist right-wing radicalism became (almost) normal in Germany. In: *Journal of Common Market Studies* 57, 1, S. 90-102

- Arzheimer, Kai und Carl C. Berning (2019). How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013-2017. In: *Electoral Studies* 60, S. 1-10
- Beubair, Nicole, Marcel Lewandowsky und Jasmin Siri (2015). The AfD and its sympathisers: finally a right-wing populist movement in Germany?. In: *German Politics* 24, 2, S. 154-178
- Beug, Sebastian (2021). Neue Agentur plant politische Vorfeldarbeit für die Union. *Welt.de*, 21. Oktober. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article234558620/The-Republic-Eine-Agentur-als-Schuetzenhilfe-fuer-CDU-und-CSU.html> (letzter Aufruf 14. März 2022)
- Chou, Winston, Rafaela Dancygier, Naoki Egami und Amaney A. Jamal (2021). Competing for Loyalists? How Party Positioning Affects Populist Radical Right Voting. In: *Comparative Political Studies* (online first) <https://doi.org/10.1177/0010414021997166>
- Decker, Frank (2022). Die Alternative für Deutschland. Ein Porträt. In: Decker, Frank, Bernd Henningsen, Marcel Lewandowsky und Philipp Adorf (Hg.). *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa*, Baden-Baden: Nomos, S. 133-150
- Debes, Martin (2021). *Demokratie unter Schock. Wie die AfD einen Ministerpräsidenten wählte*, Essen: Klartext Verlag
- Grande, Edgar, Swen Hutter, Sophia Hunger und Eylem Kanol (2021). Alles Covidioten? Politische Potenziale des Corona-Protests in Deutschland. Discussion Paper ZZ 2021-601, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin
- Grotz, Florian und Marcel Lewandowsky (2020). Promoting or Controlling Political Decisions? Citizen Preferences for Direct-Democratic Institutions in Germany. In: *German Politics* 29, 2, S. 180-200
- Heinze, Anna-Sophie (2018). Strategies of mainstream parties towards their right-wing populist challengers: Denmark, Norway, Sweden and Finland in comparison. In: *West European Politics* 41, 2, S. 287-309
- Heinze, Anna-Sophie (2020). *Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten*, Baden-Baden: Nomos
- Heinze, Anna-Sophie (2022). Dealing with the populist radical right in parliament: Mainstream party responses towards the Alternative for Germany. In: *European Political Science Review* (im Erscheinen)
- Heinze, Anna-Sophie und Marcel Lewandowsky (2022). Arenen der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus. Erfahrungen aus den Nieder-

- landen und Deutschland. In: Decker, Frank, Bernd Henningsen, Marcel Lewandowsky und Philipp Adorf (Hg.). Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa, Baden-Baden: Nomos, S. 565-583
- Heinze, Anna-Sophie und Manès Weisskircher (2021). No Strong Leaders Needed? AfD Party Organisation Between Collective Leadership, Internal Democracy, and »Movement-Party« Strategy. In: *Politics and Governance* 9, 4, S. 263-274
- Heinze, Anna-Sophie und Manès Weisskircher (2022). How Political Parties Respond to Pariah Street Protest: The Case of Anti-Corona Mobilisation in Germany. In: *German Politics*. Online first <https://doi.org/10.1080/09644008.2022.2042518>
- Huber, Robert A. und Christian Schimpf (2017). On the Distinct Effects of Left-Wing and Right-Wing Populism on Democratic Quality. In: *Politics and Governance* 5, 4, S. 146-165
- Jun, Uwe (2021). Die Freie Demokratische Partei (FDP). Wieder liberales Korrektiv nach der Bundestagswahl 2021? *Notes du Cerfa*, Nr. 162 <https://www.ifri.org/de/publications/notes-de-lifri/notes-cerfa/die-fdp-wieder-liberales-korrektiv-nach-der-bundestagswahl> (letzter Aufruf 25. März 2022)
- Lewandowsky, Marcel (2012). Rechtspopulismus als Herausforderung für die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. In: Krell, Christian und Tobias Mörschel (Hg.). *Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven*, Wiesbaden: Springer VS, S. 389-411
- Lewandowsky, Marcel, Christoph Leonhardt und Andreas Blätte (2022a). Germany: The Alternative for Germany in the COVID-19 Pandemic. In: Ringe, Nils und Lucio Renno (Hg.). *Populists and the Pandemic: How Populists around the World Respond to COVID-19*, London: Routledge (im Erscheinen)
- Lewandowsky, Marcel, Julia Schwanholz, Christoph Leonhardt und Andreas Blätte (2022b). New parties, populism, and parliamentary polarization. Evidence from plenary debates in the German Bundestag. In: Oswald, Michael (Hg.). *The Palgrave Handbook of Populism*, London: Palgrave, S. 611-628
- Loew, Nicole und Thorsten Faas (2019). Between Thin- and Host-ideologies: How Populist Attitudes Interact with Policy Preferences in Shaping Voting Behaviour. In: *Representation* 55, 4, S. 493-511

- Lührmann, Anna et al. (2020). Varieties of Party Identity and Organization (V-Party) Dataset V1. Varieties of Democracy (V-Dem) Project
- Meyer, Michael (2021). Unionsnahe Agentur »The Republic«: Konservative Kampagnen im Mediengewand. Deutschlandfunk, 1. November 2021. <https://www.deutschlandfunk.de/unionsnahe-agentur-the-republic-konservative-kampagnen-im-100.html> (letzter Aufruf 14. März 2022)
- Mudde, Cas (2007). Populist radical right parties in Europe, Cambridge: Cambridge University Press
- Mudde, Cas (2019). The Far Right Today, Cambridge: Polity
- Oppelland, Torsten (2020). Die thüringische Landtagswahl vom 27. Oktober 2019: Das nächste Experiment – eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung mit Verfallsdatum. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 51, 2, S. 325-348
- Quent, Matthias (2019). Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, Piper: Berlin
- Rooduijn, Matthijs, Stijn van Kessel, Caterina Froio, Andrea Pirro, Sarah Leah de Lange, Daphne Halikiopoulou, Paul Lewis, Cas Mudde und Paul Taggart (2019). The PopuList: An Overview of Populist, Far Right, Far Left and Eurosceptic Parties in Europe <https://popu-list.org/> (letzter Aufruf 25. März 2022)
- Van Hauwaert, Steven und Stijn van Kessel (2018). Beyond protest and discontent: A cross-national analysis of the effect of populist attitudes and issue positions on populist party support. In: European Journal of Political Research 57, S. 68-92
- Wagner, Aiko, Heiko Giebler und Marcel Lewandowsky (2015). Alles neu macht der Mai? Die AfD und die Europawahl 2014. In: Kaeding, Michael und Niko Switek (Hg.). Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler, Springer VS: Wiesbaden, S. 137-148
- Weisskircher, Manès (2020). The Strength of Far-Right AfD in Eastern Germany: The East-West Divide and the Multiple Causes behind »Populism«. In: The Political Quarterly 91, 3, S. 614-622
- Wiliarty, Sarah E. (2021). Germany: How the Christian Democrats Manage to Adapt to the Silent Counter-Revolution. In: Bale, Tim und Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hg.). Riding the Populist Wave. Europe's Mainstream Right in Crisis, Cambridge: Cambridge University Press, S. 141-169

